

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Druckerei Wilsdruff Nr. 6
Druckerei Wilsdruff Nr. 6
Druckerei Wilsdruff Nr. 6



Druckerei Wilsdruff Nr. 6
Druckerei Wilsdruff Nr. 6
Druckerei Wilsdruff Nr. 6

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Jschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Jschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 283

Sonntag den 4. Dezember 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Es ist beabsichtigt, aus Mitteln des Bezirks notleidenden Kleinrentnern und Sozialrentnern mit einem Einkommen bis zu 6000 Mark eine einmalige Beihilfe zu gewähren.

Die Verteilung soll unabhängig von der Gewährung staatlicher Rentenbezüge erfolgen.

Vordrucke zu etwaigen Anträgen können im Verwaltungsgebäude Zimmer 15 bis zum 7. Dezember 1921 entnommen werden.

Wilsdruff, am 2. Dezember 1921.

908

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Aus dem im Friedensvertrag festgelegten Ausgleich der gegenseitigen Kriegsschulden ist am 1. Dezember eine deutsche Zahlung von 21 Millionen Goldmark fällig geworden, die bisher noch nicht gezahlt worden ist. Über die Erledigung dieser Angelegenheit wird in Paris verhandelt.
- * Die Gesamtansgaben für die interalliierten Militärkommissionen im Monat Oktober betragen nicht weniger als fünf Milliarden Mark.
- * Infolge der Teuerung kam es in Wien zu großen Demonstrationen, wobei viele Geschäfte vollständig ausgeplündert wurden.
- * Die englische Regierung schlug der Vorkonferenz vor, die interalliierte Militärkontrolle über die deutschen Rüstungen zu einer dauernden Einrichtung zu gestalten.
- * Infolge der Entlassung von Streikenden in Neapel haben die italienischen Eisenbahnen für den 3. Dezember den allgemeinen Proteststreik beschlossen.
- * Das amerikanische Konsulat hat dem Vertreter der Sowjetregierung, Krasin, den Pass nach Amerika verweigert.

Armes Österreich!

Auch an der schönen blauen Donau scheint man den Sinn für Gemütlichkeit, die Freude am Grundbesitz des Leben und Lebenslassens nachgerade völlig verloren zu haben. Ist es der strenge Winter, der über uns herein gebrochen ist, oder sind es die noch immer steigenden Brot- und sonstigen Lebensmittelpreise, die den Fäden der Geduld zum Reizen gebracht haben — jedenfalls mußte die Rede ehemalige Kaiserstadt Teuerungskrawalle über sich ergehen lassen, die wie das Vorzeichen noch schlimmerer Ereignisse aussehen. Nach den Berichten waren es diejenigen Teile der Wiener Arbeiterschaft, die überwiegend der kommunistischen Fahne anhängen, die die abermalige Erhöhung des Brotpreises auf 74 Kronen für den Laib zum Anlaß nahmen, um dem Parlament Forderungen vorzutragen. Innerhalb des Gebäudes kam es bald zu sehr erregten Auseinandersetzungen mit Abgeordneten und Regierungsmännern. Draußen aber bestanden sich Plünderer auf den Fenstern der Demonstranten, und ganze Straßen- und Stadtwiertel wurden alsbald ein Schauplatz der Verwüstung und der Zerstörung. Weder Bankgebäude noch Schulgebäude, weder Kaffeehäuser noch Hotels wurden verschont, und die Zerstörungswut felerie erschreckende Orgien. Die Polizei konnte erst nach vielen Stunden der aufgereizten Menge Herr werden. Daß aber die Volksteilnehmenden unermüdet weiterbrennen und -schwelen, kann bei der unmittelbaren Bedrohlichkeit der Lebensmittellage kaum wundernehmen.

Die Regierung befindet sich dieser Bewegung gegenüber naturgemäß in größter Verlegenheit. Es ist eine sozusagen bürgerliche Regierung, während die Massen überwiegend nach links gerichtet sind. Die Forderungen, die dem Finanzminister Dr. Girtler von einer Abordnung der Demonstranten überreicht wurden, trugen demgemäß einen überwiegend antikapitalistischen Charakter. Man verlangt insbesondere die Beschlagnahme der ausländischen Balcen neben einer staatlichen Kontrolle des Devisenhandels, mit strengen Strafen für Zwölverhandlung. Man verlangt ferner Beschlagnahme alles Goldes, auch des den Kirchen und Klöstern gehörigen, neue Besteuerungen, Einführung einer progressiven Vermögenssteuer. Man wünscht auch ein Verbot der Einfuhr aller Luxusartikel sowie geregelter Abbau der staatlichen Lebensmittelmittelzuschüsse. Den Schlüssel bildet die sofortige Einführung der Kinderversicherung. Wie man sieht, ein etwas gemischtes Programm, zu dem jeder verantwortliche Finanzmann, der zur Genüge erfahren hat, wie schwer es ist, billige Schlagworte der Vielgeschäftigkeit des Lebens gegenüber zur Wahrheit zu machen, nur mit taufenderlei Vorbehalten Stellung nehmen kann. Dr. Girtler ist eben erst dabei, durch planmäßige und rücksichtslose Handhabung des finanziellen Teils der staatlichen Geschäfte der weiteren Entwertung der österreichischen Krone Einhalt zu tun. Der grundsätzliche Abbau der Lebensmittelmittelzuschüsse ist von ihm in Angriff genommen worden als eigentliches Kernstück der Schuldenwirtschaft, unter der das österreichische Volk zusammenzubrechen droht. Kaum ist aber die ersten Schritte auf diesem Gebiete getan, so kommt jetzt die Forderung nach einer „geregelten“ Befreiung der staatlichen Lebensmittelmittelzuschüsse, was bei dieser Gelegenheit und von dieser Seite vorgebracht, nichts anderes besagen will, als daß, wenn diese staatlichen Zuwendungen befristet werden, auf anderen Wegen für sie wieder Ertrag geschafft werden soll. Der Staat soll also mit der rechten Hand geben, was er mit der linken genommen hat; was eine wenig sinnreiche Art der Finanzverwaltung darstellen würde. Dr. Girtler hat denn auch nur versprochen können, daß die der Regierung über-

gebenen Forderungen „nach Möglichkeit“ erfüllt werden sollten. Man sucht also zu lavieren, in der Hoffnung, daß die Aufregung sich bald wieder legen werde. Ob sie nicht aber getäuscht werden wird, ist eine andere Frage. Wie die Dinge liegen, kann man sich von Maßnahmen gegen den Hunger, von Gesetzen und Verordnungen weder eine Erleichterung für die Staatsfinanzen noch für die Räte, unter denen die breiten Volksmassen zu leiden haben, versprechen. Das alles sind nicht viel mehr als Beruhigungsmanöver, die den innersten Kern der Dinge nicht berühren. Ein Land wie das kleine Deutschösterreich könnte schon in normalen Zeiten nicht aus sich selbst heraus existieren, und den ungewöhnlichen Zeitläuften, die wir haben, steht es völlig hilflos gegenüber. Die Ententeländer spielen mit ihm, hat endlich einmal nambhafte Kredite zu geben, wie die Käse mit der Maus, und dem Arbeiterproletariat würde auch ein abermaliger Regierungswechsel wenig oder gar nichts nützen. Wird die Not aber steigen, so wird die Schuld des Volkes um so rascher zu Ende gehen. Armes Österreich!

Hundert von Millionen Schaden.

Bei den großen Teuerungskrawallen, die am Nachmittag des 1. Dezember ganz Wien in Aufregung versetzten, wurde besonders auf dem Ring, in der Körner- und Rotenturmstraße, in der Mariahilfer-, Alser- sowie in der Laboratorstraße geplündert. Allein der Schaden an zerstörtem Schaufenstern wird auf 1 bis 2 Milliarden Kronen geschätzt, da gegenwärtig für eine 10 Quadratmeter große Scheibe 800 000 Kronen gefordert werden und Hunderte solcher Ladenfenster in Splinter gingen. Zahlreiche Passanten wurden beim Zerbrechen der Scheiben verwundet. Die Plünderer hatten Eisenketten mitgebracht, um die Ladenfenster zu durchstoßen, auch Schrauben und Eisenklügel, die sie in die Scheiben hineinschiebten.

Unter den von den Plünderungen betroffenen Firmen befinden sich die Schuhfabrik Salamander, die Plattwerke, die Firma für Touristenartikel Sirt, das Möbelhaus Vortois und Fy usw. Auch die Geschäftsstelle der Commerz- und Diskontobank sowie einige andere Banken wurden ruiniert. Im Hotel Bristol wurde die Kasse mit einem Inhalt von 2 bis 3 Millionen ausgeraubt. Im alten Teile des Hotels sind 30 Zimmer vollkommen demoliert, dazu alle Säle und Empfangsräume. Der Schaden allein in diesem Hotel wird auf ungefähr hundert Millionen Kronen geschätzt. Im Vestibül ist alles zerstört, ebenso in der Vorhalle; der Speisesaal, der Gesellschaftsalon bieten ein Bild der Verwüstung, selbst der Flügel ist zerstört, alle Sessel zerstört. Bis hinauf in den vierten Stock sind alle Spiegel des Treppenhauses und alle Fenster eingeschlagen. Aus den Zimmern wurden Möbelstücke auf die Straße geschleppt. Auch im Hotel Imperial und im Grand Hotel wird der Schaden auf Hunderte von Millionen geschätzt.

Hebung von Handwerk und Gewerbe

Hebung der Ausfuhrmöglichkeiten.
Reichswirtschaftsminister Schmidt hielt in der ersten Sitzung des Handwerkerbetrats in Berlin eine längere Rede, in der er anführte:
Im Vordergrund der Beratungen des Handwerkerbetrats wird der vom Reichsverband des deutschen Handwerks ausgearbeitete Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks und Gewerbes stehen, durch den das Handwerk seine geistliche Anerkennung als eines selbständigen Berufstandes ausgesprochen und die Schaffung einer starken Neuorganisation, beruhend auf der Pflichterfüllung und der Zusammenarbeit der einzelnen handwerklichen Betriebe bei den Fachleistungen, verlangen will. Einzuarbeiten in den Entwurf sind noch die Vorschriften über die Vertretung der Arbeitnehmer. Weite Kreise des Handwerks erblicken in der Leistung von Qualitätsarbeit ein Hauptmoment für eine glänzende Zukunft des Handwerks. Die Leistung von Qualitätsarbeit ist aber nur möglich, wenn solche Arbeit aus hinreichenden Absatz findet. Um dem Handwerk neue Absatzgebiete zu schaffen, erachte ich daher eine Hebung der Ausfuhrmöglichkeiten für dringend erwünscht. Zu diesem Zwecke bin ich in Verhandlungen mit den beteiligten Verbänden, auch denen des Kunstgewerbes, getreten, um eine möglichst starke Beteiligung des Handwerks an Messen und Ausstellungen zu ermöglichen. Mit dem Gedanken der Qualitätsarbeit stehen die Bestrebungen, die sich auf eine Hebung der Wirtschaftlichkeit im Handwerk beziehen, nicht in Widerspruch; beide müssen sich vielmehr ergänzen. Dem Interesse des Reiches an der Förderung dieser Bestrebungen ist durch Bewilligung von Mitteln für das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk zu Karlsruhe Ausdruck gegeben.

England für Zahlungsaufschub.

Die Kreditfrage den Privatleuten überlassen.
Die Verhandlungen Rathenau's in London haben zu einer gewissen Klärung geführt. Er wird noch mit Lloyd George eine Besprechung haben, der seinerseits in nächster Zeit eine Besprechung mit Briand herbeiführen will. Die englische Regierung hat sich jetzt auf Grund eines Kabinettsrates auf den Standpunkt gestellt, wenn die englische Industrie Deutschland eine Anleihe geben wolle, so müsse sie dies ganz als Privatageschäft auf eigene Gefahr durchführen. Die englische Regierung wird lediglich einen von Deutschland gestellten Moratoriumsantrag bei den Alliierten nachdrücklich unterstützen.

Bei dieser Kabinettsitzung ging man von dem Standpunkt aus, daß bei dem augenblicklichen Stande des deutschen Kredits und der deutschen Finanzen kein anderer Weg als ein Moratorium möglich sei. Man glaube, daß die französische Regierung dem britischen Plane zustimmen werde, vorausgesetzt, daß die französischen Zinseffekten gewährleistet werden. Das letzte Wort liegt bei der Reparationskommission. Der nächste Schritt wird der sein, daß England Frankreich von der Notwendigkeit eines Moratoriums überzeugt.

Wie Frankreich „entwaffnet“.

Die Ausnützung der Kolonialsoldaten.
Briand hat vor seiner Reise von Washington u. a. gesagt, daß Frankreich seine im Lande stehende Armee schon um ein Drittel vermindert habe. Trotz des gegenwärtig noch gültigen Dreijahresgesetzes halte Frankreich nur noch zwei Jahrgänge unter Waffen. Wenn man aber den Schluß ziehen wollte, daß die französische Armee wirklich um 33 Prozent vermindert wäre, so würde man sich sehr irren. Denn Frankreich hat gegen 1914 jetzt eine viel stärkere Ausnützung der farbigen durchgeföhrt, so daß die Verminderung der Gesamtarmee nicht 33, sondern nur 11 Prozent ausmacht! Ferner muß außer der Kopfzahl die Zahl der Bataillone und der technischen Waffen beachtet werden.

Frankreich hatte: Deutsche Reichswehr:

	1914:	1921:
Inf.-Divisionen	48	60
Bataillone	745	800
Batterien	858	1031
Geschütze	3432	4124
Flugzeuge	160	1250
Flugzeug-Reserve	—	4-3000
Tanks	—	3000

Kann hier irgend eine „Verminderung der Stärke“ herausgefunden werden?

Die Heereskräfte beim Kriegsausbruch.

Gegenüber der immer wiederholten Legende, daß Deutschland vor dem Kriege stärker gerüstet gewesen sei als seine Feinde, muß nach amtlichen Quellen aus England, Frankreich und Rußland folgendes festgestellt werden:

1. Das französische Friedensheer war im Sommer 1914 ohne Eingeborene um 30 000 bis 40 000 Mann mit eingeborenen Truppen um mehr als 100 000 Mann stärker als das deutsche.
 2. Das russische Friedensheer war mehr als doppelt so stark wie das österreichische und übertraf für sich allein das deutsche und österreichische zusammen.
 3. Die Heereskräfte Frankreichs und Rußlands waren denen der Zentralmächte bei Kriegsbeginn um 51 Divisionen oder rund 40 Prozent der Gesamtstärke überlegen.
- Wer hatte also Ursache, einen Angriff zu wünschen?

Berkehrschwierigkeiten.

Kälte und Nebel. — Die zugefrorenen Wasserstraßen. — Wagenmangel. — Störung der Kohlenzufuhr.
Das Reichsverkehrsministerium und der Reichskohlenkommissar teilen über die augenblickliche Eisenbahnbetriebs- und Kohlenlage u. a. folgendes mit:
Die Betriebslage der Eisenbahn ist zurzeit außerst gespannt. Schon seit Monaten verfehlt ein großer Teil der Wasserstraßen; die starke Kälte der letzten Tage hat den Verkehr auf den für den Kohlenversand wichtigsten Kanälen völlig zum Erliegen gebracht. Der Güterandrang auf die Eisenbahn erübrt ferner durch die augenblickliche Hochkonjunktur, die eine Folge des Wertansturzes der Mark war, eine starke Verschärfung. Das Frost- und Nebelwetter bringt nunmehr den Eisenbahnbetrieb in solche Schwierigkeiten, daß namentlich auf den Rangierbahnhöfen Störungen eingetreten sind, und daß vor allem

der Wagenmangel scharfe Formen annimmt.

Die Durchführung des Eisenbahnbetriebes hat eine